

Berlin aktuell

Gernot Erler, MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Liebe Genossin, lieber Genosse!

auch in dieser Woche stand das Thema Schulden- und Refinanzierungskrise wieder im Zentrum des Geschehens. In ihrer Regierungserklärung am Freitag zeigte Angela Merkel, wie wenig ihr Wort gilt. Noch vor einem Jahr hatte sie Pläne der EU-Kommission, bei zu hohen Defiziten in die Haushaltskontrolle der Mitgliedsländer einzugreifen, brüsk abgelehnt. Nun fordert sie gemeinsam mit Nicolas Sarkozy genau das. So geht das immer: Erst bestreiten, dann bejahen – das ist das Merkelsche Gesetz. Den Koalitionsfraktionen bleibt da nichts anderes übrig, als ihren verantwortungslosen Stil zu unterstützen. Doch selbst Rainer Brüderle kann offenbar nicht mehr mithalten. Morgens war er für so genannte Elite-Bonds, abends plötzlich dagegen. Wenn aber Schwarz-Gelb so sprunghaft ist, wie sollen die Menschen dann Vertrauen haben, dass es sich lohnt, für die Europäische Union zu kämpfen, für den Euro, einfach die ganze europäische Idee?

In einer Aktuellen Stunde haben wir angesichts der Nachverhandlungen über das Kyoto-Protokoll in Durban die Regierung aufgefordert, mitzuhelfen, dass ein völkerrechtlich verbindliches Nachfolgeabkommen verabschiedet wird. Dieses Abkommen soll bindende Minderungsziele bzw. -beiträge aller großen Staaten mit hohem Treibhausgasausstoß umfassen. Darüber hinaus muss das Zwei-Grad-Ziel, auf das sich die Länder auf der Klimakonferenz in Cancun geeinigt haben, enthalten sein. Dass ein unumkehrbarer Klimawandel uns und unsere Kinder bedroht, muss nun wirklich jeder – auch in der Bundesregierung – erkannt haben.

41 Zeugen, 145 Vernehmungsstunden, Mauern der Bundesregierung: Zum Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses über das Kunduz-Bombardement hat die SPD-Bundestagsfraktion eine eigene Bewertung der Ereignisse bei dem schrecklichen Luftangriff auf einen Tanklaster vorgelegt. Darin wird überdeutlich, wie Schwarz-Gelb versucht hat, eigene Fehler zu kaschieren und die eigenen Leute zu schützen. Auch die Kanzlerin hat bei ihren Einlassungen keine glaubhafte Figur abgegeben.

Die Teilhabe am sozialen und wirtschaftlichen Leben einer modernen Gesellschaft setzt den Zugang zu den wichtigsten Finanzdienstleistungen voraus. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass endlich alle Menschen das Recht auf ein Guthabenkonto bekommen. Ohne Girokonto und damit angewiesen auf die Verwendung von Bargeld können Bürger nur schwer eine Wohnung und einen Arbeitsplatz finden, Steuern zahlen und staatliche Geldleistungen beziehen. Da die Kreditwirtschaft den Aufforderungen einfach nicht nachkommt, ist nun der Gesetzgeber gefordert.

Mit herzlichen Grüßen
Euer



IMPRESSUM:
GERNOT ERLER, MDB
STELLVERTRETENDER VORSITZENDER DER
SPD-BUNDESTAGSFRAKTION
Platz der Republik
11011 Berlin
Tel. 030/227 75735
Fax. 030/227 76735
E-Mail: gernot.erler@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Gernot Erler, MdB

Günterstalstr. 33
79102 Freiburg
Tel. 0761/382629
Fax. 0761/24865
E-Mail: gernot.erler@bundestag.de

www.gernot-erler.de

 **SPD**
BUNDESTAGS
FRAKTION
www.spdfraktion.de

Inhaltsverzeichnis

02	AKTUELLE STUNDE: Klimaabkommen in Durban	10	EU-Missionen unterstützen und verlängern
04	EU: Merkels schlechte Krisenpolitik	11	UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen
05	OSZE ausbauen und stärken	12	Homosexualität im Profisport
05	EU-Beitrittsverhandlungen mit Montenegro aufnehmen	14	ITB: Tag des barrierefreien Tourismus einrichten
06	Versorgung am Bedarf der Menschen ausrichten	14	Bessere Verbraucherinformationen
08	Gesetzliche Frauenquote für Vorstände	16	Eigene Bewertung der Kunduz-Affäre
08	Verheerende Kürzungen bei der BpB	20	Presse und Interview
09	Recht auf ein Guthabenkonto einführen	22	Termine

AKTUELLE STUNDE

Bundesregierung soll sich in Durban für ein Klimaabkommen stark machen

Den Klimawandel spüren wir alle, auch hier in Deutschland. Wann hat es schon mal in Bayern Waldbrände im November gegeben? Doch andere Länder sind bedeutend schlechter dran: Äthiopien erlebt eine Dürre ungeheuren Ausmaßes, und Thailand versank im Hochwasser. Seit dem 28. November und noch bis zum 9. Dezember verhandeln im südafrikanischen Durban 1900 Vertreterinnen und Vertreter von Staaten und Organisationen über ein Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll von 1992. Die ursprüngliche Vorreiterrolle Deutschlands in der europäischen und der internationalen Klimapolitik hat Schwarz-Gelb aufgegeben. In einer Aktuellen Stunde der Fraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen wurde am 1. Dezember über die aktuelle deutsche Rolle im internationalen Klimaschutz diskutiert.

Treibhausgasausstoß bis 2050 gegenüber 1990 um 50 Prozent senken

Der Klimawandel hat langfristige und größtenteils irreversible Schäden zur Folge. Er bedroht die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen weltweit. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung wird in vielen Ländern gefährdet, die Wahrscheinlichkeit von Umweltmigration und Ressourcenkonflikten steigt vor allem in Entwicklungsländern. Um einen Klimawandel zu vermeiden, darf die globale Durchschnittstemperatur das Niveau aus der Zeit vor der Industrialisierung nicht um mehr als zwei Grad überschreiten. Deshalb empfiehlt der Weltklimarat der Vereinten Nationen (IPCC), den globalen Treibhausgasausstoß bis 2050 um mindestens 50 Prozent gegenüber 1990 zu senken.

Klimakonferenz muss Einigung auf ein Kyoto-Nachfolgeabkommen bringen

Bei der diesjährigen Klimakonferenz in Durban muss die Staatengemeinschaft beweisen, dass sie gemeinsam in der Klimaschutzpolitik weiter voranschreiten will. Dazu ist es notwendig, dass ein völkerrechtlich verbindliches Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll verabschiedet wird. Dieses Abkommen soll bindende Minderungsziele bzw. -beiträge aller großen Staaten mit hohem Treibhausgasausstoß umfassen. Darüber hinaus muss das Zwei-Grad-Ziel, auf das sich die Länder auf der Klimakonferenz in Cancun geeinigt haben, enthalten sein.

Seitdem Schwarz-Gelb regiert wird immer deutlicher: Der Klimaschutz ist ihnen nicht mehr wert als Lippenbekenntnisse. Aber auch darauf scheinen Union und FDP verzichten zu wollen. Denn in den letzten Jahren war es üblich, dass eine Regierungserklärung zur Klimakonferenz abgegeben oder in der Kernzeit

dazu debattiert wurde. Doch dieses Jahr sollte die Debatte zur Konferenz in Durban nach dem Motto „Gute Nacht Klimaschutz“ in die Nacht verschoben werden. Das hat die SPD gemeinsam mit den Grünen durch die Beantragung einer Aktuellen Stunde jedoch verhindert.

Klimaschutz in Deutschland auf dem Rückweg

Es ist absurd, was sich gerade in der Klimapolitik abspielt: Der Klimawandel vollzieht sich dramatischer als bisher von den Experten angenommen. Das Jahr 2010 war das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Die Treibhausgasemissionen steigen weiter. Das Jahr 2010 war das Jahr mit dem stärksten Anstieg der Emissionen. Doch das Wissen über die Auswirkungen passt nicht zum Handeln der Verantwortlichen in der Regierung. „Die Lobbys setzen sich durch“, sagte der stellvertretende umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Frank Schwabe. Es werde wieder vermehrt darüber gesprochen, was für den Klimaschutz alles nicht getan werden könne. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ulrich Kelber kritisierte, dass der Umweltminister nicht klar mache, welchen Beitrag Deutschland auf der UN-Klimakonferenz in Durban leisten werde.

Deutschland hat seine Vorreiterrolle beim Klimaschutz eingebüßt

Der Klimaschutz ist in eine Legitimationskrise geraten. Es gehe nicht darum, nur darüber zu diskutieren, was z. B. China und die USA alles nicht tun, um ihre Treibhausgasemissionen zu drosseln, sondern was Deutschland und Europa unterlassen, betonte Schwabe. Deutschland sei nicht mehr Vorreiter auf der Ebene des internationalen Klimaschutzes und habe sich unter Schwarz-Gelb auch zum Bremser in der EU entwickelt. Dort blockiert Deutschland aktuell Festlegungen zur Energieeffizienz durch das „No“ von Wirtschaftsminister Rösler. Erst 2007 hatte die Große Koalition mit Sigmar Gabriel als Umweltminister ein Energie- und Klimaschutzprogramm vorgelegt. Darin war enthalten, dass Deutschland durch Maßnahmen der Energieeffizienz 25 Millionen Tonnen an CO₂-Emissionen einsparen will. Dieses Ziel kann nun nicht mehr erreicht werden. Obendrein deckelt Schwarz-Gelb den Ausbau der Erneuerbaren Energien und vernachlässigt die energetische Gebäudesanierung. Der Energie- und Klimafonds, aus dem die Mittel für die Gebäudesanierung kommen sollen, werde ein Flop, sagte der stellvertretende energiepolitische Sprecher Dirk Becker. Denn seine Finanzierung sei durch den Verfall der Einnahmen aus dem Verkauf von Emissionsrechten nicht gesichert. Der Preis für eine Tonne CO₂ ist von 33 Euro auf aktuell 8,31 gesunken. Doch das Ausbremsen der Energieeffizienz in Europa schadet nicht nur dem Klima, sondern auch der Wirtschaft. Denn gerade in Deutschland könnten die Technologien für die Energieeffizienz entstehen, sagte Ulrich Kelber.

Zusagen an Entwicklungsländer hat Deutschland nicht eingehalten

Doch Deutschlands Glaubwürdigkeit in der internationalen Klimadiplomatie hat nicht nur durch das Versagen in der nationalen Klimapolitik gelitten, sondern die schwarz-gelbe Bundesregierung hat gegebene Zusagen gegenüber Entwicklungsländern nicht erfüllt. So seien die „fast-start“-Zusagen nicht eingehalten worden, warf der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Matthias Miersch, der Bundesregierung vor.

Für die Verhandlungstaktik auf der Klimakonferenz legte er der Regierung nahe, „besser als zu warten, was andere machen, ist es voran zu gehen.“

Antrag der SPD zur UN-Klimakonferenz in Durban

Im Vorfeld der Klimakonferenz in Durban hatte die SPD-Bundestagsfraktion ihren Antrag „die Klimakonferenz in Durban zum Erfolg führen – Kyoto-Protokoll verlängern, Klimaschutz finanzieren und CanUn-Beschlüsse umsetzen“ in den Bundestag eingebracht.

In ihrem Antrag fordern die Sozialdemokraten die Bundesregierung unter anderem auf, daran festzuhalten, dass ein globales rechtsverbindliches Klimaschutzabkommen mit ambitionierten Treibhausgasminde-rungszielen verabschiedet wird, und in Durban dazu substanzielle Fortschritt erzielt werden.

Des Weiteren soll sie bei anderen Industrie- und Schwellenländern dafür werben, dass sie sich Minde-rungsziele setzen, mit denen das Zwei-Grad-Ziel erreicht werden kann. Ebenso soll die Bundesregierung darauf hinwirken, dass möglichst viele Staaten mit hohem CO₂-Ausstoß eine zweite Verpflichtungsperiode

des Kyoto-Protokolls unterzeichnen. Dabei sollen überschüssige Emissionsrechte aus der ersten Verpflichtungsperiode nicht übernommen werden, auch Schlupflöcher gelte es zu schließen.

Außerdem wird die Bundesregierung aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass auch die Europäische Union für eine zweite Kyoto-Verpflichtungsperiode stimmt. Die EU soll ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 um 30 Prozent gegenüber 1990 senken, ohne das vom Handeln anderer Staaten abhängig zu machen und diese Position offensiv vertreten. Davon kann eine positive Wirkung auf andere Staaten ausgehen. Die Bundesregierung soll auch dafür eintreten, dass die Ergebnisse der Konferenz in Cancun umgesetzt werden und dass die Klimaschutzfinanzierung in Entwicklungsländern ab 2013 gesichert wird.

EUROPA

Steinmeier: Merkels Krisenpolitik geht auf keine Kuhhaut

Am 2. Dezember hat die Bundeskanzlerin eine Regierungserklärung zum bevorstehenden Europäischen Rat abgegeben, der am 9. Dezember zusammenkommt. Sie sprach viel von Vertrauen und Maßnahmen, die nun auf europäischer Ebene beschlossen würden und davon, dass sie Euro-Bonds nach wie vor ablehnt.

In seiner Replik auf Merkel analysierte Frank-Walter Steinmeier, Fraktionsvorsitzender der SPD im Deutschen Bundestag, die großen Worte Merkels als das, was sie sind: haltlose Behauptungen. „Seit Monaten versprechen Sie tragfähige Lösungen, aber noch nie kam etwas dabei herum. Nach jedem Ratstreffen sagen Sie, nun komme der große Wurf – passiert ist wenig“, sagte Steinmeier vor dem Parlament.

Niemand werfe Merkel vor, dass es die Krise gebe, aber „wie Sie damit umgehen, das geht auf keine Kuhhaut!“ Die Menschen, die Industrie – alle hätten das Gefühl, das Endspiel um den Euro sei angebrochen. Und Merkels Taktiererei habe dazu beigetragen, dass die Ängste der Menschen und Institutionen so groß seien. „Das gefährdet die Stabilität Europas“. Steinmeier stellte klar: „Sie, Frau Merkel, haben noch jede Bastion geräumt, die zuvor als unantastbar galt“. Wie solle da Vertrauen entstehen?

„Penetrante, doppelzüngige Schulmeisterei“

Als Beispiel führte Steinmeier gemeinsame europäische Anleihen an. Merkel lehne Euro-Bonds apodiktisch ab, doch plötzlich geistere das Wort Elite-Bonds durch die Presse. FDP-Chef Brüderle habe sich da besonders hervorgetan: „Morgens waren Sie für Elite-Bonds, abends dagegen“, spottete Steinmeier. Am schlimmsten aber sei die Äußerung von FDP-Generalsekretär Lindner gewesen, der gesagt habe, seine Partei sei gegen alle Bonds, auch gegen James Bond. „Wer so daherredet, der hat die Krise nicht begriffen, so kann das nicht weitergehen“, mahnte Steinmeier. Das beschädige die Politik.

Europa könne sich nur gemeinsam aus der Krise kämpfen, doch Angela Merkel hintertreibe das immer wieder durch „penetrante, doppelzüngige Schulmeisterei“ gegenüber anderen europäischen Partnerländern. Unter Konrad Adenauer, Willy Brandt, Helmut Schmidt und Helmut Kohl sei es immer Usus gewesen, die kleinen Länder in der EU zu überzeugen, mitzunehmen; nun werde hochmütig verordnet. „Wer aber Lehrmeister sein will, der muss zumindest das eigene Haus in Ordnung halten“, sagte Steinmeier mit Blick auf die wirren Steuersenkungspläne und das zynische Betreuungsgeld der Bundesregierung. Das Ausland registriere das sehr genau.

„Das ist unser aller Europa“

Er wies darauf hin, dass Merkel noch vor einem Jahr die Pläne des EU-Kommissionspräsidenten Barroso nach mehr Haushaltskontrolle der Mitgliedstaaten bei zu hohen Defiziten negiert habe. „Jetzt stehen Sie hier, Frau Bundeskanzlerin und rufen: Haltet den Dieb! Das ist nicht Politik, das ist Schauspielerei.“

Steinmeier erklärte in Richtung Regierung: „Sie müssen mal begreifen, dass dies nicht ein schwarz-gelbes oder rot-grünes Europa ist, sondern unser aller Europa.“ Offenkundig sei es, dass das Staatsanleihen-Aufkaufprogramm der EZB zu mehr Inflation führen könne – und es müsse auch mal offen gesagt werden, dass das zu einer gemeinsamen europäischen Haftung führe. Hier leite die Kanzlerin die Menschen schlicht hinters Licht.

Inzwischen schreibe sogar die Presse, die der Union zugetan sei, davon, dass Merkel es sei, die Europa zerstöre. „Das sollte Ihnen zu denken geben!“

Gemeinsamer Antrag mit den Grünen: OSZE ausbauen und stärken

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ist das wichtigste Forum für gesamteuropäische Sicherheitszusammenarbeit. Sie hat entscheidend zum Aufbau erfolgreicher Instrumente ziviler Krisenprävention geführt.

So hat die OSZE zum Beispiel als Verhandlungs- und Konsultationsrahmen für kooperative multilaterale Sicherheit die Stabilität der 56 Teilnehmerstaaten und die Einhaltung der Menschenrechte dort gefördert. Nun aber befindet sich die Organisation in der Krise: Es besteht Uneinigkeit über ihre Aufgaben und ihr politisches Gewicht angesichts starker Regionalzusammenschlüsse in der Uno. Durch einen neuen Sicherheitsdialog kann die aktuelle Krise jedoch überwunden werden.

In dem gemeinsamen Antrag mit Bündnis 90/Die Grünen „Die OSZE ausbauen und stärken“ (Drs. 17/7824), der am 1. Dezember in den Bundestag eingebracht wurde, fordern die Fraktionen die Bundesregierung auf, sich im Rahmen der Europäischen Union und der OSZE für die Stärkung der OSZE als Sicherheits- und Friedensgemeinschaft einzusetzen. Der Aktionsplan für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa soll mit konkreten Vorschlägen umgesetzt werden. Russland muss aufgefordert werden, sich an einem Dialog über eine ganz neue europäische Sicherheitsarchitektur zu beteiligen. Es muss einen Dialog über eine europäische Sicherheitsarchitektur geben. Die sicherheitspolitischen Standards der konventionellen Rüstungskontrolle und Abrüstung sind auszubauen. Es muss den grenzüberschreitenden Herausforderungen wie etwa Terrorismus oder Menschenhandel viel mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Zur Durchsetzung von Menschenrechten und Grundfreiheiten werden stärkere Instrumente benötigt. Schließlich gilt es, die Instrumente zur Konfliktprävention und zum Krisenmanagement weiter zu entwickeln.

Uno und EU stärker vernetzen

Die OSZE muss in ihrer Rolle bei Frühwarnung, Krisenprävention und –bewältigung ausgebaut werden; dafür bedarf es Instrumente zur schnelleren Reaktion bei Konflikten. Die stärkere Vernetzung von EU und Uno in diesem Bereich ist darum unerlässlich.

Die SPD-Fraktion fordert mit den Grünen die Bundesregierung auf, im Plenum kontinuierlich über die Fortschritte des Sicherheitsdialogs und bei der Erarbeitung und der Umsetzung der Aktionspläne zu berichten.

EU-Beitrittsverhandlungen mit Montenegro aufnehmen

Die Republik Montenegro hat im Dezember 2008 den Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union vorgelegt. Der Europäische Rat verlieh Montenegro zwei Jahre später den Status eines Kandidatenlandes und sendete das Aufnahmegesuch gemäß des im EU-Vertrag (EUV) festgelegten Verfahrens an die EU-Kommission mit der Bitte um Stellungnahme.

Die europäische Erweiterungspolitik ist Friedenspolitik. Sie hat den Staaten Osteuropas den Weg zu Freiheit, Demokratie und Wohlstand erleichtert. Die Erweiterungspolitik hat sich zudem als wichtiger Impuls für gesellschaftlichen Fortschritt im Sinne von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erwiesen.

Für Beitrittsgesuche zur EU gilt, dass jeder europäische Staat, der die im EU-Vertrag genannten Werte und Ziele achtet und sich für ihre Förderung einsetzt, einen Beitritt beantragen kann. Das Land muss dann vor der Aufnahme in die EU alle vom Europäischen Rat festgelegten Kriterien erfüllen. Die Europäische Kommission hat am 12. Oktober empfohlen, Beitrittsverhandlungen mit Montenegro aufzunehmen. Damit unterstützt sie die europäische Perspektive des Landes, das allerdings noch notwendige Reformen vorantreiben muss. Nun muss der Europäische Rat über die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen entscheiden.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert in ihrem Antrag (Drs. 17/7809) die Bundesregierung auf, der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Montenegro zuzustimmen, wenn das Einvernehmen mit dem Bundestag hergestellt ist. Vor dem Hintergrund der Finanzkrise, die sich in den südosteuropäischen Ländern besonders stark auswirkt, soll die politische und wirtschaftliche Stabilisierung in der Region weiter mit hoher Priorität vorangetrieben werden.

Darüber hinaus soll sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass keine weiteren Bedingungen als die Kopenhagener Kriterien als Voraussetzung für die Aufnahme in die EU aufgestellt werden. Die EU soll während der Beitrittsverhandlungen ein detailliertes und effizientes Monitoringverfahren entwickeln und anwenden, das die Implementierung aller Rechtsakte der EU im gesellschaftlichen Alltag überwacht. Besonderes Augenmerk soll den Bereichen Parlamentarismus, Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Pressefreiheit sowie der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität gelten.

Kopenhagener Kriterien:

- Stabilität der Institutionen, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten;
- Die Existenz einer funktionierenden Marktwirtschaft, die dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften in der Union standhält;
- Die Fähigkeit zur Übernahme der Pflichten der Mitgliedschaft, einschließlich dem Einverständnis mit den Zielen der Politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion.

GESUNDHEIT

SPD-Fraktion fordert: Medizinische Versorgung am Bedarf der Menschen ausrichten

Wer auf dem Land lebt und einen Arzt aufsuchen will, der muss meist lange auf einen Termin warten, muss dann lange Anfahrtswege in Kauf nehmen und im Wartezimmer nochmal lange sitzen. In den Städten ist die Situation zwar besser. Doch hier herrscht ein Überangebot an Arztpraxen in einkommensstarken Stadtteilen, derweil sich in sozial schwächeren Gegenden weniger Ärzte niederlassen. Vor allem aber müssen sich Kassenpatientinnen und -patienten hinten anstellen, wenn es um eine zeitnahe Terminvergabe geht, und das gilt gleichermaßen für Stadt und Land.

Dazu kommen künftige Herausforderungen wie unsere stetig älter werdende Gesellschaft, der weitere Bevölkerungsrückgang in ländlichen Gebieten und der medizinisch-technische Fortschritt, der Auswirkungen auf die Kostenentwicklung hat.

FDP-Gesundheitsminister Daniel Bahr behauptet, mit dem GKV-Versorgungsstrukturgesetz die Situation zu verbessern. Doch für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Er verbessert vor allem die Situation für Teile

der Ärzteschaft. Der gesundheitspolitische Sprecher Karl Lauterbach sprach deshalb in der Debatte auch von einem Ärzteversorgungsgesetz, das hauptsächlich die kassenärztliche Vereinigung stärke. Am 01. Dezember 2011 hat der Bundestag in 2./3. Lesung den Entwurf eines GKV-Versorgungsstrukturgesetzes beschlossen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu einen Entschließungsantrag (Drs. 17/8010) mit ihren Kritikpunkten und Verbesserungsvorschlägen ins Parlament eingebracht.

Schwarz-Gelb verbessert Versorgung von Patienten nicht und verstärkt Hausärztemangel

Aus sozialdemokratischer Sicht sind die im Gesetzentwurf enthaltenen Maßnahmen nicht geeignet, um die medizinische Versorgung für die Patientinnen und Patienten heute und in Zukunft umfassend, nachhaltig wirksam und kosteneffizient zu verbessern. Anstatt die Lotsenfunktion der Hausärzte als ersten Ansprechpartner für Patientinnen und Patienten zu stärken, verschlechtert Schwarz-Gelb die Bedingungen für diese sogenannte hausarztzentrierte Versorgung. Damit nehmen sie in Kauf, dass der Mangel an Hausärzten weiter zunehmen wird. Anstatt die Zusammenarbeit zwischen Krankenhäusern und niedergelassenen Medizinerinnen sowie ärztlichen und nicht-ärztlichen Leistungserbringern voranzubringen, werde hier weiter das klassische Berufsbild des „Einzelkämpferarztes“ gefördert, stellte die SPD-Abgeordnete Marlies Volkmer fest.

Anstatt der Belange der Ärzteschaft gehört die Patientenperspektive in den Mittelpunkt

Zudem orientiert sich der Gesetzentwurf an den Belangen der Ärzteschaft und nicht an der Perspektive der Patientinnen und Patienten. Im Fokus steht die ärztliche Versorgung. Dabei wird weitestgehend ausgeblendet, dass auch nicht-ärztliche Berufsgruppen im Gesundheitsbereich, wie z. B. Krankenschwestern, Aufgaben übernehmen können, um die Versorgung zu verbessern. Deshalb fordert die SPD-Fraktion, dass alle Maßnahmen sich daran ausrichten müssen, ob sie den Menschen vor Ort umfassend und in guter Qualität medizinisch und pflegerisch versorgen. Dazu soll eine sektorübergreifende Bedarfsplanung unter Einbeziehung der Länder erfolgen.

Ärztliche Überversorgung abbauen, um anderorts Unterversorgung zu bekämpfen

Schwarz-Gelb sehe keine Maßnahmen vor, um die ärztliche Überversorgung in den jeweiligen Regionen abzubauen, sagte die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende. Dadurch wird es ihnen auch nicht gelingen, an anderen Orten die Unterversorgung zu bekämpfen. Deshalb schlägt die SPD vor, dass die kassenärztlichen Vereinigungen verpflichtet werden, in überversorgten Gebieten frei werdende Arztsitze aufzukaufen und die Arztpraxen so zu schließen. Wer in der Stadt keine Praxis mehr eröffnen kann, orientiert sich eher Richtung Land. Zudem soll die schwarz-gelbe Regierung die von ihr eingeführten Hürden bei den Verträgen zur hausarztzentrierten Versorgung zurücknehmen. Der unterschiedlichen Behandlung von Kassen- und Privatpatienten z. B. bei der Terminvergabe und den Wartezeiten in der Praxis setzt Gesundheitsminister Bahr nichts Wirksames entgegen. Um diese Ungerechtigkeiten zu bekämpfen, will die SPD eine einheitliche Honorarordnung für gesetzlich und privat Versicherte schaffen.

Seriös kalkulieren, Zusatzbeiträge abschaffen, Bürgerversicherung einführen

Vorgesehene Regelungen im schwarz-gelben Gesetzentwurf, die mit Mehrkosten verbunden sind, sollen seriös berechnet werden. Nur so wird allen Beteiligten klar, mit welchen Belastungen künftig zu rechnen ist. Sie über die Zusatzbeiträge der gesetzlichen Krankenversicherung bei den Versicherten abzuladen, ist sozial höchst ungerecht. Zudem sollen sich die Kostensteigerungen nach dem schwarz-gelben Gesetzentwurf nicht auf die Zahlungen des Bundes für den sogenannten Sozialausgleich niederschlagen, sondern diese soll die Gemeinschaft der Krankenversicherten tragen. Damit brechen Union und FDP ihre Zusage, der Sozialausgleich werde aus Steuermitteln finanziert. Die Sozialdemokraten fordern die Abschaffung der Zusatzbeiträge und des bürokratischen Pseudosozialausgleichs. Anstatt dessen wollen sie zu Beitragszahlungen zurückkehren, die von Versicherten und Arbeitgebern zu gleichen Teilen geleistet werden. Darüber hinaus soll ein Konzept für eine solidarische Bürgerversicherung vorgelegt werden.

Anzahl an spezialärztlichen Praxen steuern

Dass Krankenkassen ihren Versicherten, wie im schwarz-gelben Gesetzentwurf vorgesehen, Leistungen von nicht zugelassenen Leistungserbringern anbieten dürfen, lehnt die SPD-Fraktion ab. Denn dadurch

werden die Versorgungsqualität und die Möglichkeit der Versorgungssteuerung geschwächt. Ebenso kritisieren die Sozialdemokraten den schwarz-gelben Grundsatz „wer kann, der darf“ im Hinblick auf die spezialärztliche Versorgung. Aus ihrer Sicht muss es Instrumente zur Steuerung der Menge an Spezialärzten und zur Bedarfsplanung geben, da ansonsten die Kosten explodieren und die Attraktivität der Allgemeinmedizin weiter geschwächt wird.

Einschränkungen bei Medizinischen Versorgungszentren zurücknehmen

Zudem sind die von Schwarz-Gelb im Gesetzentwurf vorgesehenen Einschränkungen bei Gründung und Betrieb von Medizinischen Versorgungszentren zurückzunehmen. Damit entsprechen Union und FDP lediglich den Wünschen der kassenärztlichen Vereinigung, nicht aber den Interessen von Patientinnen und Patienten sowie vieler Ärzte. Die SPD setzt sich dafür ein, dass auch Hausärzte ohne Zwang zur fachübergreifenden Ausrichtung Medizinische Versorgungszentren gründen dürfen. Alle an der Versorgung der gesetzlichen Krankenversicherung teilnehmenden Leistungserbringer wie z. B. Krankenhäuser oder Apotheken sollen Medizinische Versorgungszentren betreiben können.

Die Arbeitsgruppe Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion hatte bereits im April 2011 ein umfangreiches Positionspapier vorgelegt, das zahlreiche Vorschläge zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung im gesamten Land enthält.

GLEICHSTELLUNG

Quote in Aufsichtsräten und Vorständen unverzichtbar

Die SPD-Bundestagsfraktion hält eine Mindestquote von 40 Prozent für Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen für unverzichtbar. Die Zeit der Freiwilligkeit ist vorbei. Wer es mit der Frauenförderung ernst meint, der und die ist für eine gesetzliche Regelung. Denn die vergangenen zehn Jahre haben gezeigt, dass sich freiwillig nichts bewegt.

Offensichtlich nicht ernst meint es die Bundesregierung. Die Uneinigkeit in den eigenen Reihen findet kein Ende. Bundesarbeitsministerin von der Leyen ist für eine gesetzliche Quote von 30 Prozent in Aufsichtsräten. Bundesfrauenministerin Schröder setzt mit ihrer Flexi-Quote weiterhin auf den „Good Will“ der Unternehmen. Die FDP-Minister, ebenso wie die Kanzlerin, lehnen eine Quote gänzlich ab. Da bleibt zu befürchten, dass sich am Ende rein gar nichts tut für die vielen gut ausgebildeten Frauen in unserem Land.

Das wurde auch auf dem zweiten Quoten-Gipfel mit Vertreterinnen und Vertretern der DAX-30 Unternehmen im Oktober dieses Jahres deutlich: Zielvorgaben mal ja, mal nein; mal zwölf Prozent, mal 30 Prozent; mal deutschlandweit, mal weltweit – von Aufsichtsräten und Vorständen jedoch keine Spur.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich mit einem Antrag klar positioniert: Ohne eine gesetzliche Quote von mindestens 40 Prozent sowohl in den Aufsichtsräten als auch in den Vorständen und entsprechenden Kontroll- und Sanktionsmechanismen passiert nichts. Eine Mindestquote von 40 Prozent für Aufsichtsräte und Vorstände muss kommen.

INNERES

Warum die Kürzungen bei der politischen Bildung verheerend sind

Im Zuge der Affäre um die Mordserie der Zwickauer Terrorbande wollte die Bundesregierung Stärke zeigen und schnell reagieren. Hektisch behauptete sie, die Mittel beim Kampf gegen Rechtsextremismus würden entgegen früherer Vorhaben nicht gekürzt. Leider stimmt das so nicht.

Schwarz-Gelb hat die Mittel für die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), die im Einzelplan 06 des Bundesinnenministeriums angesiedelt sind, auch im Haushalt 2012 massiv reduziert: Insgesamt 3,5 Millionen Euro – das sind immerhin 21 Prozent der Mittel – stehen weniger zur Verfügung für die Bundeszentrale, um inhaltlich zu arbeiten.

Dabei ist sie eine der wichtigsten Institutionen zur Demokratieförderung und Präventionsarbeit beim Kampf gegen Rechtsextremismus. Nun wird nicht nur die BpB ihre Leistungen einschränken müssen, sondern auch die 430 Träger der politischen Bildung bundesweit, die durch die Zentrale gefördert werden. Die Höhe der Förderung für die BpB ist auf die Höhe von vor der Wiedervereinigung zurückgegangen.

Die politische Bildung vorsätzlich derart zu schwächen zeugt von kurzsichtiger Politik, die den Wert von politischer Bildung komplett verkennt. Denn mit der Bundeszentrale für politische Bildung besitzt Deutschland ein wertvolles Instrument, um politisch unabhängige und qualitativ hochwertige politische Bildung zu leisten.

Auch das interfraktionelle Kuratorium der BpB und der wissenschaftliche Beirat haben angesichts der Lage einstimmige Beschlüsse gefasst, die die Wichtigkeit der BpB hervorheben und die Mittelkürzungen kategorisch ablehnen.

Essentiell für die Demokratie

In einem neuen Antrag der SPD-Fraktion „Rechtsextremismus vorbeugen – Unsere Demokratie braucht gute politische Bildung und eine starke Bundeszentrale für politische Bildung“ (Drs. 17/7943) heißt es, die verheerenden Kürzungen sollen umgehend zurückgenommen werden. Es soll außerdem geprüft werden, die Budgethöhe der BpB an die Höhe der Budgets der parteinahen Stiftungen zu koppeln, um eine vernünftige Balance zwischen überparteilicher und parteinaher politischer Bildung zu schaffen. Beide Ansätze sind essentiell für die Demokratie.

Die Bundesregierung wird in dem Antrag aufgefordert:

- sich klar zur überparteilichen politischen Bildung und damit der BpB zu bekennen, sie zu stärken und ihre inhaltliche Unabhängigkeit zu wahren;
- ein Anschlussprogramm für das bei der BpB angesiedelte Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ sicherzustellen;
- umgehend neue Richtlinien für die Trägerförderung der BpB zu erlassen, die die Fördersituation der Träger verbessern und Rechtssicherheit hinsichtlich der Umsatzsteuer schaffen.

RECHT

Recht auf ein Guthabenkonto einführen

Die Teilhabe am sozialen und wirtschaftlichen Leben einer modernen Gesellschaft setzt den Zugang zu den wichtigsten Finanzdienstleistungen voraus. Ohne Girokonto und damit angewiesen auf die Verwendung von Bargeld können Bürgerinnen und Bürger nur schwer eine Wohnung und einen Arbeitsplatz finden, Steuern zahlen und staatliche Geldleistungen beziehen. Eine breite Teilnahme am bargeldlosen Zahlungsverkehr fördert die Eingliederung einkommensschwächerer Bevölkerungsschichten und den sozialen Zusammenhalt in Deutschland.

Schon 1995 empfahlen die Spitzenverbände der deutschen Kreditwirtschaft ihren Mitgliedsunternehmen, jedem Verbraucher auf Wunsch ein Guthabenkonto („Girokonto für jedermann“) zur Verfügung stellen. Ein solches Konto soll zumindest die Entgegennahme von Gutschriften, Bareinzahlungen und -auszahlungen

und die Teilnahme am Überweisungsverkehr ermöglichen – sofern nicht im Einzelfall schwerwiegende Gründe dagegen sprechen. Geschehen ist seitdem im Grunde wenig.

Das Ergebnis des nächsten Berichts zum „Girokonto für jedermann“, den die Bundesregierung für Dezember 2011 angekündigt hat, steht bereits fest: In lediglich acht Bundesländern sind die Sparkassen landesgesetzlich verpflichtet, neuen Bankkunden ein Girokonto auf Guthabenbasis zur Verfügung zu stellen. Mit Ausnahme des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV) lehnen die Verbände der Kreditwirtschaft unverändert jede verbindliche Regelung von Guthabenkonten ab. Obwohl die Institute lediglich Einzelfälle zugeben, erhalten damit Hunderttausende Bürgerinnen und Bürger in Deutschland weiterhin kein Girokonto.

Nach mehr als 15 Jahren ist die deutsche Kreditwirtschaft weiterhin nicht bereit, allen Menschen einen Zugang zum bargeldlosen Zahlungsverkehr zu gewährleisten. Mit dem Verzicht auf eine wirksame Selbstregulierung zwingt die Branche den Gesetzgeber nunmehr, die Institute zur Führung eines Guthabenkontos für bisher kontolose Verbraucher gesetzlich zu verpflichten. Die Beispiele Belgien und Frankreich zeigen, dass solche Regelungen bereits kurz nach Inkrafttreten nachhaltige Wirkung entfalten.

Antrag der SPD-Fraktion

In dem am 2. Dezember ins Parlament eingebrachten Antrag „Recht auf ein Guthabenkonto einführen – Kontopfändungsschutz sichern“ (Drs. 17/7823) fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung darum auf, Kreditinstitute zu verpflichten, kontolosen Kunden ein Girokonto einzurichten. Es soll über übliche Basisfunktionen verfügen und lediglich angemessene Kosten verursachen.

Pfändungsschutzkonten (P-Konten) sollen den gleichen Leistungsumfang bieten wie der normale Zahlungsverkehr. Sie dürfen nicht teurer sein als Girokonten.

Schließlich muss auch die Schuldnerberatung ausgebaut werden, und zwar insbesondere mit Blick auf die so genannten P-Konten.

Ziel muss es sein, auch in allen anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union Guthabenkontos einzuführen.

SICHERHEIT

EU-Operation Atalanta unterstützen

Die Bundesregierung will die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation „Atalanta“ bis 18. Dezember 2012 fortsetzen. Die Operation hat zum Ziel, Piraten vor der Küste Somalias abzuschrecken und zu bekämpfen. Humanitäre Hilfeleistungen, der zivile Schiffsverkehr und die Durchsetzung des Völkerrechts sollen damit gesichert werden. Dabei können bis zu 1400 deutsche Soldatinnen und Soldaten eingesetzt werden. Die Zusatzausgaben betragen 97,1 Millionen Euro. Davon entfallen 1,9 Millionen Euro auf das Haushaltsjahr 2011 und 95,2 Millionen Euro auf das Haushaltsjahr 2012. Die somalische Übergangs-Bundesregierung wird die von ihrem Staatsgebiet ausgehende Piraterie auf absehbare Zeit nicht wirksam bekämpfen können. Daher wird die Fraktion die Fortsetzung der Operation unterstützen.

EU-Mission ALTHEA verlängern

Die EU-geführte Operation „ALTHEA“ besteht seit Dezember 2004. Sie hat zum Ziel, durch die Implementierung der Daytoner Friedensvereinbarung und der Resolutionen des UN-Sicherheitsrats den Friedensprozess in Bosnien und Herzegowina weiter zu stabilisieren. Die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte soll diese Woche um ein weiteres Jahr verlängert werden. Bis zu 800 Soldatinnen und Soldaten sol-

len eingesetzt werden können. Das erfordert Zusatzausgaben in Höhe von 6,8 Millionen Euro bis November 2012. Davon entfallen rund 0,8 Millionen Euro auf das Haushaltsjahr 2011 und rund 6,0 Millionen Euro auf das Haushaltsjahr 2012. Die SPD-Bundestagsfraktion hat „ALTHEA“ von Anfang an unterstützt. Die Fraktion stimmt der Verlängerung der Operation zu. Deutschland muss ein Signal zur Stabilisierung von Bosnien und Herzegowina geben.

SOZIALES

UN-Behindertenrechtskonvention jetzt umsetzen

Wenn ein Mensch im Rollstuhl sitzt und deshalb die U-Bahn nicht benutzen kann, weil er damit die Treppen nicht hinunter kommt, dann liegt das nicht an seiner Behinderung, sondern daran, dass ihn die Bauweise des U-Bahnhofs behindert. Diese und andere Barrieren – auch die in den Köpfen – grenzen Menschen mit Behinderungen von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben aus. Die SPD-Bundestagsfraktion verfolgt das Ziel einer Gesellschaft, die keinen ausschließt – die sogenannte inklusive Gesellschaft. Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) wurde 2009 ratifiziert und muss nun umgesetzt werden. Sie bringt die menschenrechtliche Perspektive in die Behindertenpolitik ein und formuliert politische Ziele sowie Verpflichtungen für den Gesetzgeber und die Zivilgesellschaft, aber auch individuelle Rechte für die Menschen mit Behinderung.

Der 3. Dezember ist der Welttag der Menschen mit Behinderung. Er wurde 1992 von der Weltgesundheitsorganisation WHO eingeführt, um auf die Rechte der Menschen mit Behinderung aufmerksam zu machen. Auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion hat der Bundestag deshalb am 1. Dezember den sozialdemokratischen Antrag „UN-Konvention jetzt umsetzen – Chancen für eine inklusive Gesellschaft nutzen“ (Drs. 17/7942) in der Kernzeit debattiert. Damit soll den Anliegen der Menschen mit Behinderung eine verstärkte öffentliche Aufmerksamkeit entgegengebracht werden.

Aktionsplan der Regierung reicht nicht aus

Die SPD-Fraktion hat bereits im Frühjahr dieses Jahres ein umfassendes Positionspapier zur Umsetzung der UN-BRK nach dem Grundsatz „Nichts über uns ohne uns“ gemeinsam mit Betroffenenverbänden und Experten erarbeitet. Die Bundesregierung hatte ihren ursprünglich für März angekündigten Nationalen Aktionsplan im Juni vorgelegt, der aus Sicht der Sozialdemokraten, aber auch der meisten Betroffenen- und Sozialverbände, nicht ausreicht, um gemäß der UN-BRK den Menschen mit Behinderung eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion nun in ihrem Antrag einen konkreten Maßnahmenkatalog und Inhalte formuliert, die die Bundesregierung in ihrem Nationalen Aktionsplan verankern soll. Die Regierung soll dazu jeweils konkrete Umsetzungsperspektiven, insbesondere auch für die öffentlichen Haushalte konkretisieren. Die Menschen mit Behinderung sollen in diesen Prozess von Anfang an aktiv mit einbezogen werden.

Die UN-Behindertenrechtskonvention betrifft alle Menschen

Die Umsetzung der UN-BRK betrifft alle Bürgerinnen und Bürger direkt oder indirekt. Mehr als zehn Prozent der Bevölkerung sind heute direkt von Behinderung betroffen. Doch eine Behinderung ist nicht immer angeboren. Häufig ist sie Folge eines Unfalls, einer chronischen Krankheit oder des Alters. Doch auch Menschen im Umfeld von Behinderten werden Veränderungen durch die Umsetzung der UN-BRK erleben. Die UN-BRK ist ein Meilenstein auf dem Weg, Menschen mit Behinderung von Anfang an gleichberechtigt mit einzubeziehen und ihre Menschenrechte, gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung zu verwirklichen. Bei ihrer Umsetzung muss das geltende Recht in Deutschland sowie seine Anwendung überprüft werden.

Menschen mit Behinderung brauchen mehr Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt

Ein zentrales Ziel ist es, Behinderte aus der Abhängigkeit von Sozialhilfe herauszuholen. Sie sollen möglichst auf dem ersten Arbeitsmarkt ihren Lebensunterhalt verdienen können. Denn ihre Unterstützung

durch Arbeitsassistenten und barrierefreie Arbeitsplatzgestaltung ermöglicht auch eine Teilhabe an qualifizierter Beschäftigung. Die Eingliederungshilfe ist dabei ein zentrales Mittel, um die Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderung zu bekämpfen.

Leistungen zur sozialen Teilhabe sollen einkommens- und vermögensunabhängig sein, damit der Teilhabebedarf nicht zu Armut führt. Zudem soll die Umsetzung einer Bundesbeteiligung in Form eines Bundesteilhabegeldes geprüft werden, damit eine bundeseinheitliche Grundlage für die Sicherstellung der individuellen Teilhabe gegeben ist.

Von Anfang sollen Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam lernen

Der Weg in eine inklusive Gesellschaft beginnt im Kindesalter. Darum sollen Kinder mit und ohne Behinderung von Beginn an dieselben Kindergärten und Schulen besuchen und gemeinsam lernen. Auch der Übergang von der Schule in den Beruf muss den Bedürfnissen von Schülern mit Behinderung gerecht werden. Neben einer frühzeitigen Beratung und Begleitung sollen die Ausbildungsstätten für die Anforderungen an eine inklusive Ausbildung ausgestattet werden. Aktuell ist nur einer von eintausend betrieblichen Ausbildungsplätzen für Menschen mit Behinderung geeignet. Hochschulen sowie Aus- und Weiterbildung sollen für Menschen mit Behinderung weiter geöffnet und entsprechend gestaltet werden. Außerdem soll eine Anpassung der Lehramtsstudiengänge erfolgen.

Ohne Barrieren in der Mitte der Gesellschaft leben

Damit Menschen mit Behinderungen ihr Leben selbstbestimmt führen können ist eine umfassende Barrierefreiheit eine Grundvoraussetzung. Das betrifft die Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs genauso wie den Bahn-, Luft- und Fußverkehr. Ebenso muss der Wohnraum in den Städten und Gemeinden so beschaffen sein, dass Menschen mit Behinderung mitten in der Gesellschaft leben können und nicht auf Sondereinrichtungen angewiesen sind. Auch alle öffentlichen Einrichtungen und Dienste wie z. B. Arztpraxen müssen für Menschen mit Behinderungen einfach zugänglich sein. Ebenso dürfen Kommunikation und Tourismus keine Barrieren aufweisen. Genauso wichtig für ein selbstbestimmtes Leben für Behinderte sind menschliche oder tierische Assistenz. Eine bedarfsgerechte und flächendeckende gesundheitliche Versorgung, Pflege und Rehabilitation sind weitere wichtige Ziele.

Die Rechte von Menschen mit Behinderung müssen in allen Lebensbereichen beachtet werden, deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion an der Erarbeitung des Positionspapiers und des Antrages Fachpolitiker aus allen Arbeitsgruppen beteiligt.

SPORT

Offenen Umgang mit Homosexualität im Profisport stärker fördern

Kaum ein Thema erhitzt die Gemüter der Fußballfans mehr als die Frage, welcher Bundesligaprofi wohl homosexuell ist. Während es bei Fußballerinnen immerhin ein wenig toleranter zugeht und sich einige Spitzensportlerinnen zu ihrer Bi- bzw. Homosexualität bekannt haben, herrscht bei den Männervereinen beredtes Schweigen – vermutlich auch, weil Fußball die Nationalsportart schlechthin ist und viele so genannte Kampf-Attribute mit sich bringt. Etliche Menschen scheinen irrtümlich zu glauben, darum sei dort kein Platz für Homosexuelle. Die Abgeordneten der SPD-Fraktion treiben im Bundestag die Reformen zum offenen Umgang mit Homosexualität im Profisport voran. Ein neuer Antrag der Fraktion soll die Erkenntnisse aus einer öffentlichen Anhörung vor dem Sportausschuss zum Thema zügig verwerten.

Auf Initiative der SPD-Fraktion lud der Sportausschuss im April dieses Jahres zu einem Austausch, wie homosexuellen Sportlerinnen und Sportlern effektiver geholfen werden kann. Das Signal ist eindeutig: Die Abgeordneten wollen einer kleinen, aber gut vernetzten Zielgruppe zeigen, dass sie an ihrer Seite stehen. Sie sind nicht allein.

Mit ihrem Antrag „Förderung eines offenen Umgangs mit Homosexualität im Sport“ (Drs. 17/7955), den die SPD am 1. Dezember in den Bundestag eingebracht hat, will die Fraktion politische Unterstützung der Sportler signalisieren und Maßnahmen aufzeigen, was zu tun ist, um auch in dieser letzten Bastion der Homophobie der Toleranz zu ihrem Recht zu verhelfen. Denn was hat die sexuelle Orientierung mit der Leistung der Sportlerin oder des Sportlers zu tun? Ist es nicht egal, wer wen privat liebt? Es geht um den Sport, um Fairness. Nirgendwo sonst wird dieser Begriff so oft gebraucht wie im Spitzensport – dann muss er auch für das Leben seiner Stars gelten.

Initiativen wenig in den Medien

Die Möglichkeit, sich offen zu seiner sexuellen Identität zu bekennen, ist Ausdruck des Rechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit nach Art. 2, Absatz 1 des Grundgesetzes. Niemand darf Furcht vor Diskriminierung haben.

Und es gibt auch zahlreiche Initiativen und Projekte, in denen schwul-lesbische Sportler aktiv werden können, die ihnen eine Art Heimat geben können. Leider nehmen die Medien das nicht in dem Maße auf, wie es sein müsste. Auch Studien zu dem Thema werden immer öfter unternommen. Vereine haben schwul-lesbische Fanclubs, und weltweit werden homosexuelle Wettkämpfe durchgeführt – etwa die Gay Games in San Francisco oder die European Games in Den Haag. Das reicht aber nicht.

Die SPD-Fraktion fordert in einem Maßnahmenbündel die Bundesregierung auf, Betreuungsangebote für Sportler zu schaffen, die ihnen helfen, ihre sexuelle Identität konfliktfrei mit ihrem Beruf zu verbinden.

Sie fordert:

- die Mittel für die Antidiskriminierungsstelle (ADS) des Bundes im Haushalt 2012 um 2,7 auf den von der Großen Koalition avisierten Ansatz von 5,6 Millionen Euro zu erhöhen und durch die ADS zusätzliche Aktivitäten im Bereich der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität zu entfalten;
- die Übertragung von positiven Erfahrungen aus der Anti-Rassismuarbeit des DFB und der Fanprojekte zu fördern und zu diesem Zweck insbesondere Kooperationsvorhaben zwischen Lesben- und Schwulenverbänden sowie Sportvereinen oder Fanprojekten zu unterstützen;
- die Fortbildung von Trainerinnen und Trainern sowie die Entwicklung von Ausbildungskonzepten zur Sensibilisierung für Homosexualität zu fördern. Über den Einsatz an den Bundesleistungszentren hinaus sollten diese Konzepte und Materialien für die Jugendarbeit von Spitzenverbänden und Sportvereinen zur Verfügung gestellt werden;
- eine breit angelegte Kampagne für „Vielfalt“ im Sport anzuregen und zu fördern, die an die erfolgreichen Antirassismus-Kampagnen von DFB und DOSB anknüpft und ebenso stark für die Vorbeugung gegen Homophobie wirbt. Eine Zusammenarbeit mit dem Bündnis für Demokratie und Toleranz oder der Bundeszentrale für politische Bildung wäre hier zu prüfen;
- in Abstimmung mit den Ländern die Bildung eines dezentralen Netzes von Beratungsstellen der Sportverbände zu fördern, an die sich von Diskriminierungen betroffene homosexuelle Sportler und Sportlerinnen wenden können;
- wissenschaftliche Forschung über die Mechanismen von „Homophobie im Sport“ sowie mögliche Gegenstrategien, z. B. im Rahmen der Magnus-Hirschfeld-Stiftung oder des Bundesinstituts für Sportwissenschaft, gezielt zu fördern.

Erst im Zuge eines allgemeinen Wandels der Einstellungen entsteht ein gesellschaftliches Klima, in dem auch Spitzensportlerinnen und Spitzensportler selbstbewusst – auch öffentlich – ihre Homosexualität benennen werden. Aufgrund ihrer Vorbildfunktion sind offen schwule und lesbische Spitzensportlerinnen und Spitzensportler wünschenswert, um den Meinungswandel in der Gesellschaft zu befördern. Sie verdienen Rückendeckung aus Politik und Gesellschaft, wenn sie sich zu diesem Schritt entschließen.

Neben allgemeinen Bildungsbemühungen sind in dieser Frage vor allem Aktivitäten der Sportvereine vor Ort nötig. Viele Vereine sind damit allein überfordert und bedürfen dazu fachlicher Beratung und Unterstützung durch Sportverbände und Behörden von Bund und Land.

TOURISMUS

Tag des barrierefreien Tourismus auf der ITB einrichten

Die Internationale Tourismusbörse (ITB), die jährlich in Berlin stattfindet, ist die weltweit führende Messe der Reiseindustrie und ein Aushängeschild des Deutschlandtourismus. Die Messe stellt eine einmalige Plattform für die Tourismuswirtschaft dar. Dennoch fehlt dort noch ein eindeutiges Bekenntnis Deutschlands zur Schaffung von Barrierefreiheit – auf die Menschen mit Behinderung zur Teilhabe am Tourismus angewiesen sind. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert daher die Bundesregierung in einem Antrag auf (Drs. 17/7827), dauerhaft einen „Tag des barrierefreien Tourismus“ auf der ITB einzurichten.

Die Bundesregierung hat sich mit dem Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und mit den Tourismuspolitischen Leitlinien aus dem Jahr 2009 dazu verpflichtet, den Zugang von Behinderten zu Erholungs-, Tourismus-, Freizeit- und Sportaktivitäten sicherzustellen. Die Einrichtung des von der Fraktion geforderten Thementages soll gegenüber der Sensibilisierung zur Barrierefreiheit dienen und einen Dialog über gute Praxisbeispiele und innovative Marketingideen ermöglichen.

Nicht zuletzt ist auch das wirtschaftliche Potenzial eines barrierefreien Tourismus in Deutschland nicht zu unterschätzen. Studien gehen davon aus, dass durch eine umfassende Herstellung von Barrierefreiheit im Deutschlandtourismus neue Vollzeit Arbeitsplätze geschaffen werden und etwa 4,8 Milliarden Euro zusätzlicher Umsatz erzielt werden kann (Studie des BMWI „Ökonomische Impulse eines barrierefreien Tourismus für alle“; 2003/04).

Noch fehlt jedoch ein strategischer „Know-how-Transfer“, und es bestehen auf diesem Gebiet der Tourismuswirtschaft Defizite im Marketing. Dem kann und soll ein Thementag „Barrierefreier Tourismus“ auf der ITB Abhilfe schaffen.

VERBRAUCHER

Schwarz-Gelb hat kein Konzept für gute Verbraucherinformation

Geriebener Käse, der gar kein Käse ist, sondern ein Imitat, Fleisch, was umetikettiert wurde und es trotzdem in die Regale des Handels schafft, Spielzeug mit gefährlichen Inhaltsstoffen – all diese Vorfälle erfahren die Verbraucherinnen und Verbraucher meist erst aus den Medien. Doch in der Regel sind die besagten Produkte dann schon viel länger im Umlauf. Das führt zu Verunsicherungen bei Konsumentinnen und Konsumenten. Verbraucherschutzministerin Aigner (CSU) hatte nach dem Dioxin-Skandal angekündigt, die Verbraucherinformation zu verbessern. Doch mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des Verbraucherinformationsgesetzes hat die Ministerin aus Sicht der SPD-Fraktion die Chance vertan, vor allem die aktive Verbraucherinformation durch die Behörden voran zu treiben.

Zur 2./3. Lesung der Novellierung des Verbraucherinformationsgesetzes am 2. Dezember 2011 hat die SPD einen Entschließungsantrag (Drs. 17/8022) mit einer Reihe von Verbesserungsvorschlägen ins Parlament eingebracht.

Verbraucher benötigen kompakte und verständliche Informationen

Ohne gute Informationen können Verbraucherinnen und Verbraucher nicht selbstbestimmt handeln und durch ihre Nachfrage den Markt mitgestalten. Sie müssen sich gut orientieren können und benötigen Entscheidungshilfen. Der Zugang zu marktrelevanten Informationen ist ein wichtiger Baustein der sozialen Marktwirtschaft. Verbraucher und Verbraucherinnen wollen kompakte Informationen, die sie auch verstehen, wenn sie vor einer Kaufentscheidung stehen. Sie wollen leicht und verlässlich erkennen können, was in und hinter den Angeboten am Markt steckt.

Typisch Schwarz-Gelb: Interessen von Lobbyisten zählen mehr als die Verbraucher

Die Chance für eine bessere Information von Verbrauchern hat Schwarz-Gelb nicht genutzt und sich anstatt dessen von den Lobbyinteressen der Hersteller einlullen lassen. Auf die Fragen, welche Informationen Verbraucher benötigen, um gute Entscheidungen treffen zu können und in welcher Form und wann sie zur Verfügung stehen müssen, hat Schwarz-Gelb keine Antworten. Eine Reihe von Fortschritten, die im Referentenentwurf noch enthalten waren, wurde im Gesetzgebungsverfahren durch das Handeln eifriger Lobbyisten gestrichen.

Schwarz-Gelb schützt Unternehmen anstatt die Verbraucher

Im Detail gibt es durch die Novellierung des Verbraucherschutzgesetzes zwar ein paar Verbesserungen, aber in entscheidenden Bereichen ändert sich nichts oder aber der Zugang zu Informationen für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie für Journalisten und Verbände wird sogar durch neue Kostenregelungen erschwert. Zu einer Kennzeichnung von Restaurants, die sich nicht an Hygienevorschriften halten, z. B. durch die vom Berliner Bezirk Pankow eingeführten Smiley-Aufkleber, hat sich die Verbraucherministerin nicht durchringen können. Eine Auskunftspflicht von Unternehmen gegenüber Verbrauchern hat die Lobby erfolgreich verhindert. Die Informationspflicht von Behörden gegenüber der Öffentlichkeit wurde deutlich eingeschränkt, so dass Ross und Reiter nur genannt werden dürfen, wenn ein erheblicher Verstoß gegen Vorschriften vorliegt, ein Verstoß wiederholt begangen wurde oder ein Bußgeld von mindestens 350 Euro zu erwarten ist. Darüber hinaus hat Aigner das Verbraucherinformationsgesetz nicht auf alle Produkte und Dienstleistungen ausgeweitet.

SPD will mehr Transparenz für Verbraucher schaffen

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert in ihrem Entschließungsantrag von der Bundesregierung ein Gesamtkonzept für Verbraucherinformation und sicherzustellen, dass Informationspflichten auf ihre Verständlichkeit, Nützlichkeit und Praktikabilität getestet werden.

Das Verbraucherinformationsgesetz, das bislang nur für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände gilt, soll künftig alle Produkte, Erzeugnisse und Dienstleistungen umfassen. Behörden sollen verpflichtet werden, Untersuchungen von Produkten oder Dienstleistungen von sich aus leicht zugänglich zu veröffentlichen. Dazu gehört, dass die Bevölkerung auch bei Gesundheitsrisiken und Täuschungen informiert wird. Ein „Restaurant-Barometer“ soll in Eingangsbereichen von Restaurants gut sichtbar über die Ergebnisse der Lebensmittelkontrolle informieren. Alle Hürden, die Schwarz-Gelb aufgebaut hat, um den Zugang zu Behördeninformationen zu erschweren, sollen zurückgenommen werden. Akteneinsicht soll kostengünstig und in angemessener Frist gewährleistet werden. Informationen über Rechtsverstöße sollen kostenfrei bleiben. So sollen auch Journalisten und Verbraucherverbände einen guten Zugang zu Informationen erhalten, denn als Multiplikatoren können sie diese verständlich aufbereiten und den Verbraucherinnen und Verbrauchern zur Verfügung stellen. Auch Unternehmen sollen verpflichtet werden, gegenüber Verbrauchern transparent zu informieren, z. B. über beworbene angebliche Produktvorteile.

Bereits im Juni hatten die Sozialdemokraten ihren Antrag „Verbraucherinformationsgesetz zügig reformieren“ in den Bundestag eingebracht. Darin hatten die Sozialdemokraten konkrete Anforderungen an eine Reform des Verbraucherinformationsgesetzes formuliert.

Untersuchungsausschuss: SPD-Fraktion legt eigene Bewertung der Kunduz-Affäre vor

Am 1. Dezember berichtete der Verteidigungsausschuss als Untersuchungsausschuss über seine Erkenntnisse in der so genannten Kunduz-Affäre. Mindestens 83 zivile Opfer sind durch den Luftschlag auf einen Tanklastzug in Afghanistan ums Leben gekommen. Zum Abschlussbericht des Ausschusses (Drs. 17/7400) hat die SPD-Fraktion eine eigene Bewertung der Ereignisse vorgenommen. Die Ergebnisse liegen nun vor.

Nach Anhörung von 41 Zeugen in mehr als 145 Vernehmungsstunden – 80 Prozent davon auf Beschluss der Mehrheit hinter verschlossenen Türen – sind der Luftangriff von Kunduz in der Nacht vom 3. auf den 4. September 2009 und die Fehler und Versäumnisse der Bundesregierung im Umgang mit dieser folgenschwersten militärischen Aktion in der Geschichte der Bundeswehr weitgehend aufgeklärt.

Dieser Aufklärungserfolg ist allerdings nicht der Ausschussmehrheit von CDU/CSU und FDP zu verdanken, die sich einer sachgerechten und lückenlosen und vor allem ungeschönten Aufarbeitung des Vorfalles, wie sie von der Bundeskanzlerin früher einmal eingefordert worden war, bis zuletzt verweigert hat. Die Mehrheitsbewertung im Untersuchungsausschuss ist hierfür der beste Beweis.

Es bedurfte daher zwingend eines Sondervotums der SPD-Bundestagsfraktion, um den Ansprüchen der Öffentlichkeit, des Parlaments und auch der Soldatinnen und Soldaten gerecht zu werden, die eine wirkliche Aufarbeitung des tragischen Vorfalles zu Recht erwarten.

Mindestens 83 zivile Todesopfer, darunter mindestens 22 Kinder

Im Unterschied zur Bundeskanzlerin, die noch in ihrer Vernehmung im Ausschuss behauptet hat, zivile Opfer des Luftangriffs seien nicht "mit Gewissheit" nachgewiesen, ist dies nach der Beweisaufnahme dieses Ausschusses nicht mehr in Frage zu stellen. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass ein ziviler Lastwagenfahrer, mindestens 22 Kinder unter 15 Jahren und mindestens 60 weitere Zivilisten aus umliegenden Dörfern durch den Luftangriff getötet worden sind.

Das Ziel des Luftangriffs: „Liquidierung“ mutmaßlicher Taliban.

Nicht mehr zu halten ist auch die Legende eines defensiven Luftschlags, der nur dazu gedient habe, einen unmittelbar drohenden Angriff mit zwei Tanklastern als "rollende Bomben" auf das Bundeswehrlager in Kunduz zu rechtfertigen. Die Beweisaufnahme hat gezeigt, dass es sich vielmehr um ein offensives Vorgehen der Bundeswehr gehandelt hat. Mit der "Liquidierung" mutmaßlich gefährlicher Taliban sollte den Aufständischen ein "schwerer Schlag" versetzt werden.

Die Rolle der Angehörigen der Task Force 47

Neu beantwortet werden muss nach der Beweisaufnahme auch die Frage, wer welche Rolle in der Nacht vom 3. auf den 4. September 2009 gespielt hat: Es steht zwar fest, dass es sich nicht um eine Operation der Task Force 47 (TF 47) gehandelt hat, sondern die Entscheidung zum Waffeneinsatz in dieser Nacht ausschließlich durch Oberst Klein zu verantworten ist. Jedoch ist in der Beweisaufnahme deutlich geworden, dass Angehörige der TF 47 in großem Maße die Entscheidungen von Oberst Klein beeinflusst haben.

Die TF 47 ist eine deutsche Spezialeinheit, zu deren Auftrag es gehört, Informationen über Personen in Afghanistan zu sammeln, die mit Anschlägen auf ISAF oder afghanische Staatsgewalt in Verbindung stehen. Auch kann sie gegen diese Personen aktiv vorgehen, allerdings nur mit dem Ziel, sie festzusetzen, keinesfalls sie zu töten. Das liegt an einer besonderen deutschen Selbstverpflichtung, die für Kräfte anderer Nationen nicht gilt.

Die Beweisaufnahme hat ergeben, dass Hauptmann N. (TF 47) die Suche nach den Tanklastern bei Oberst Klein angeregt hatte, weil er die Zuverlässigkeit seines TF 47-Informanten überprüfen wollte.

Nachdem die Tanklaster durch den B1-Bomber gefunden worden waren, schlugen er und der Fliegerleitoffizier W. (JTAC) Oberst Klein nach dessen Aussage einen unmittelbaren Waffeneinsatz durch den B1-Bomber vor, der zu diesem Zeitpunkt von Oberst Klein noch abgelehnt wurde.

Bei dem Vorschlag spielte auch eine Rolle, dass der Informant inzwischen berichtet hatte, es befänden sich vier Talibanführer und deren Anhänger vor Ort, die man in der TF 47 "auf dem Schirm hatte".

Obwohl sich das taktische Lagebild danach nicht veränderte, freundete sich Oberst Klein offensichtlich immer mehr mit dem Vorschlag des Waffeneinsatzes an und gab ihn schließlich - mehr als eine Stunde später - frei.

In diesem Fall führte das Zusammenwirken von PRT Kunduz und Task Force 47, das bisher nur mit der besseren technischen Ausstattung der TF 47 begründet wurde, offensichtlich zu einer gefährlichen Verschmelzung der Interessen, obwohl Aufgaben und Befugnisse der beiden Bereiche strikt zu trennen sind und es Oberst Klein an den notwendigen Kenntnissen zur Durchführung eines solchen offensiven Waffeneinsatzes fehlte.

Der fatale Umgang mit dem „HUMINT“-Kontakt

Als besonders problematisch hat sich der Umgang der Mitarbeiter der TF 47 und von Oberst Klein mit dem afghanischen Informanten, dem sogenannten "HUMINT-Kontakt", herausgestellt:

- Nicht alle Informationen, welche die HUMINT-Quelle lieferte, erreichten Oberst Klein. So erfuhr dieser nach eigenen Angaben nichts davon, dass die Aufständischen vorhatten, die Tanklaster "auszuschlachten" und "in Brand zu setzen"; er erfuhr nichts über den Verbleib der zivilen Lastwagenfahrer, über den nach Aussagen von Zeugen jedoch in der Nacht gesprochen worden sein soll; er erfuhr auch nichts darüber, dass die Kontaktperson gar nicht vor Ort war, sondern nur Erkenntnisse von ominösen „Subkontakten“ weiterleitete, über deren Hintergründe niemand in dieser Nacht etwas näheres wusste.
- Hinzu kommen der problematisch lange Weg, den die Informationen nehmen mussten, bis sie Oberst Klein erreichten ("Stille-Post-Routine"), sowie erhebliche Defizite im Bereich der "zielgerichteten Gesprächsführung" mit der HUMINT-Quelle. Denn es wurde erkennbar, dass die Fragen, die der Kontaktperson gestellt worden sind, zu einem großen Teil weder sachgerecht noch zielführend ausgewählt worden waren.
- Vor allem aber haben sich erhebliche Fehler im Rahmen der sachgerechten Bewertung der Informationen gezeigt: Die wiederholte Aussage der Quelle, sämtliche Personen an den Tanklastern seien Taliban, konnte zu keinem Zeitpunkt in dieser Nacht anderweitig bestätigt werden. Sie wurde allein auf Grund eines eher als "Bauchgefühl" zu bezeichnenden "Erfahrungsschatzes" von Oberst Klein als besonders glaubwürdig eingeschätzt. Dabei wurde aber übersehen, dass alleine die "siebenfache" Bestätigung einer Information durch ein und dieselbe Quelle die Glaubwürdigkeit einer Information nicht "siebenfach" verstärkt.

Die Beweisaufnahme hat erkennbar werden lassen, dass im Bereich des Militärischen Nachrichtenwesens der Bundeswehr faktisch wie in einem Nachrichtendienst operiert wird, indem Methoden und Mittel eingesetzt werden, die eigentlich für nachrichtendienstliches Handeln wesensbestimmend sind. Hier haben sich erhebliche Koordinierungs- und Kontrollprobleme gezeigt, die durch die Bundesregierung und den Gesetzgeber gelöst werden müssen.

Bewertung des Luftangriffs

Oberst Klein handelte in dieser Nacht unter höchster Anspannung, weil seine Soldaten den Tag über in schwersten Feuergefechten standen. Er fühlte sich zudem von seinen Vorgesetzten unter Druck gesetzt, die von ihm nach seiner Wahrnehmung einen "aktiven Einsatz" erwarteten.

Menschliches Verständnis für die eindeutige persönliche Überforderung des militärischen Führers in dieser Nacht kann aber nicht dazu führen, die begangenen Fehler und Versäumnisse zu ignorieren oder nicht klar zu benennen.

Niemand kann heute mehr behaupten, Oberst Klein habe in der damaligen Situation die richtigen Entscheidungen getroffen. Er hat gegen NATO-Einsatzregeln und gegen nationale Vorgaben zum Einsatz militärischer Gewalt verstoßen, die gerade deshalb existieren, damit solche Vorfälle mit einer Vielzahl ziviler Opfer möglichst vermieden werden:

- Luftnahunterstützung hätte nicht unter Hinweis auf "Troops in Contact" angefordert werden dürfen und der Waffeneinsatz hätte gegenüber den Piloten auf eine klare Einsatzregel gestützt werden müssen.
- Oberst Klein hatte nicht die erforderliche Befugnis zum Waffeneinsatz, sondern er hätte RC North, General Vollmer, einschalten müssen.
- Der im PRT vorhandene Rechtsberater wurde pflichtwidrig nicht beteiligt.
- Die Menschen an den Tanklastern wurden nicht eindeutig als legitime militärische Ziele identifiziert.
- Sowohl Oberst Klein als auch dem JTAC fehlte es an den erforderlichen Kenntnissen der anzuwendenden Verfahren der Ziel- und Wirkungsanalyse und es wurde regelwidrig versäumt, weitere Stellen im Rahmen des Systems der gegenseitigen Kontrolle und Verantwortung in die Entscheidung einzubinden.
- Pflichtwidrig wurde auf die von den F15-Piloten empfohlene Durchführung einer "abschreckenden Machtdemonstration" ("Show of Force") verzichtet.

Wären diese Verfahrensfehler nicht begangen worden, hätte der Luftangriff so nicht stattgefunden.

Politische Verantwortung Jung

Die offensichtlich mangelhafte Ausbildung der beteiligten Soldaten hinsichtlich der korrekten Anwendung der NATO-Einsatzregeln und der nationalen Einsatzvorgaben sowie die Defizite im Verständnis der völkerrechtlichen Rahmenbedingungen sind politisch vom damaligen Bundesminister der Verteidigung Franz-Josef Jung zu verantworten.

Weiterhin sind Jung auch gravierende politische Fehleinschätzungen vorzuwerfen. Diese Fehler haben dazu geführt, dass die Vorgänge aus falsch verstandener Loyalität heraus eher vernebelt als aufgeklärt wurden. Dieses Verhalten hat der Bundesregierung und dem Ruf der Bundeswehr geschadet. Insbesondere der Pressestab, dem Jung allzu freie Hand gelassen hat, trifft die Verantwortung für eine desaströse Öffentlichkeitsarbeit.

Unsinn ist es dagegen, dieses Versagen Generalinspekteur Schneiderhan und Staatssekretär Wichert in die Schuhe zu schieben. Das schafft die Ausschussmehrheit in ihrem Bewertungsteil denn auch nur, indem sie Pflichten für den Generalinspekteur erfindet, die es tatsächlich nicht gibt.

Politische Verantwortung des Freiherrn zu Guttenberg

Freiherr zu Guttenberg vermochte es, die Illusion von sachlicher Kompetenz und Lernfähigkeit, von Verantwortungsbereitschaft und Gradlinigkeit, von Aufrichtigkeit und moralischer Unbestechlichkeit zu erzeugen, obwohl sich objektiv geradezu das Gegenteil manifestierte, wenn man nur genauer hinschaute:

- Seine erste öffentliche Bewertung des Luftangriffs vom 6. November 2009, wonach es selbst dann, wenn es keine Verfahrensfehler gegeben hätte, zum Luftschlag hätte kommen müssen, hat sich als grobe persönliche Fehleinschätzung herausgestellt. Um sich bei den Soldaten beliebt zu machen, setzte er sich über die Bewertung des Generalinspektors eigenwillig hinweg. Nachdem

sich dies als Fehler herausstellt hatte, versuchte er die Verantwortung hierfür auf General Schneiderhan abzuwälzen.

- Auch seine öffentliche Begründung für die "Entlassung" von Schneiderhan und Dr. Wichert, diese hätten ihm für die Bewertung des Luftangriffs wesentliche Dokumente vorenthalten, war nur vorgeschoben, um sich des Drucks, der durch die "Bild"-Zeitung mit der Ankündigung der Veröffentlichung des Feldjägerberichts entstanden war, effektiv zu entledigen.
- Selbst die angebliche umfassende und sorgfältige "Neubewertung" des Luftangriffs vom 3. Dezember 2009 ist bei näherem Hinsehen nur eine Illusion. Die vorgeblich vorenthaltenen Berichte enthielten keinerlei zusätzliche Erkenntnisse gegenüber dem ihm von Anfang an bekannten COMISAF-Bericht.

Politische Verantwortung der Bundeskanzlerin

Vier Tage nach dem Luftangriff von Kunduz hatte Bundeskanzlerin Dr. Merkel im Bundestag eine "lückenlose Aufklärung" versprochen. Sie stehe dafür ein, dass dabei "nichts beschönigt" werde. Dieses Versprechen hat sie nicht einmal im Ansatz gehalten.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Bundeskanzlerin Distanz zum umstrittenen militärischen Vorfall gewahrt hat, um die Verantwortung allein auf die beiden überforderten Amtsinhaber im Verteidigungsministerium abzuwälzen. So trägt sie deren wechselnde Bewertungen des Luftangriffs bis heute mit und vermeidet es, eigene Schlussfolgerungen aus dem Vorfall zu ziehen. Die Aufklärung schiebt sie auf den Bundestag ab. Ihrer Führungsverantwortung als Regierungschefin, auf die sie sich bei der Dramatik und Schwere des Vorfalls auch für das internationale Ansehen der Bundeswehr hätte besinnen müssen, wird sie damit nicht gerecht.

Mit dieser Vorgehensweise, wie sie sich zuletzt auch in der Bewertung durch die Ausschussmehrheit gespiegelt hat, beschreitet die Bundesregierung einen gefährlichen Weg. Die lässige Interpretationsbreite, die auch die Bundeskanzlerin zur Schau stellt, führt dazu, dass das Verhalten der beteiligten Soldaten trotz aller Verstöße gegen internationale und nationale Einsatzvorgaben als akzeptabel angesehen wird.

Die Bundesregierung hat die Frage zu beantworten, ob die von ihr immer wieder betonte Geltung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit bei der militärischen Gewaltanwendung durch deutsche Soldaten und das dadurch bedingte nationale Verbot der gezielten Tötungen noch Geltung hat, oder ob sich die Bundesregierung inzwischen bewusst von diesen Vorgaben für den Einsatz deutscher Soldaten im Rahmen der "militärischen Kultur der Zurückhaltung" entfernt hat.

Weitere Informationen gibt es auch hier:



www.spdfraktion.de/facebook



www.spdfraktion.de/googleplus



www.spdfraktion.de/twitter



www.spdfraktion.de/youtube



<http://www.spdfraktion.de/flickr>

Russland: wachsende Unzufriedenheit spiegelt sich in Wahlergebnis

05.12.11 - 1480

Zum Ausgang der Dumawahlen in Russland erklärt Gernot Erler, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion:

Auch wenn der Name Wladimir Putin gar nicht auf dem Wahlzettel stand, so viel steht fest: Die Zeiten, in denen sich der ehemalige und künftige Präsident Russlands Zustimmungsraten von 70 Prozent und mehr sicher sein konnte, sind vorbei.

Der Rückgang des Wahlergebnisses von "Einheitliches Russland" auf ca. 50 Prozent der Wählerstimmen ist auch Ausdruck einer gewissen Normalisierung der politischen Zustände in Russland. Die wachsende Unzufriedenheit der russischen Gesellschaft mit der wirtschaftlichen und politischen Situation hatte sich bereits in den letzten Monaten angedeutet. Die Menschen sind nicht mehr allein dadurch zufrieden zu stellen, wenn ihnen pünktlich das Gehalt oder die Rente überwiesen wird. Sie erwarten inzwischen mehr von der politischen Elite ihres Landes.

Darin liegt zugleich Chance und Risiko für die nächste Amtszeit Wladimir Putins, wenn er im März erwartungsgemäß in das Amt des russischen Präsidenten gewählt wird. Er muss den Nachweis erbringen, dass er die dringend erforderliche Modernisierung des Landes voranbringen kann. Gelingt es ihm nicht, Russlands einseitige Abhängigkeit von Rohstoffexporten zu verringern und die Wirtschaft seines Landes zu diversifizieren, stehen ihm schwere Zeiten ins Haus.

Dies ist auch für den Westen der Anknüpfungspunkt: Russlands Wirtschaft und Gesellschaft zu modernisieren, ist in unserem ureigensten Interesse. Dazu braucht es in Moskau aber Partner, die bereit sind, diese Aufgabe ernsthaft anzugehen. Aber auch bei uns geht es darum, alte Denkblockaden zu überwinden.

Ein erster Schritt, der uns nicht überfordert und zugleich signalisieren würde, dass Russland nach Europa gehört, wäre eine Vereinfachung des Visaverfahrens mit dem Ziel der Visaabschaffung. Wer ein modernes und weltoffenes Russland einfordert, darf nicht selber die Beschränkungen, die nach wie vor im Reiseverkehr bestehen, aufrecht erhalten.

Erlers: Die Opfer in Afghanistan waren nicht umsonst

Interview im SWR 2 am 5. Dezember 2011

Baden-Baden. Der SPD-Außenpolitik-Experte Gernot Erler hält den internationalen Einsatz in Afghanistan für erfolgreich. „Die Opfer waren nicht umsonst“, sagte Erler im Südwestrundfunk (SWR). Immerhin sei es gelungen, durch die Militäraktion in Afghanistan einen weiteren Anschlag wie den vom 11. September zu verhindern.

Künftig sollte die internationale Gemeinschaft mithelfen, dass die Afghanen selbst für ihre Sicherheit sorgen können, so der SPD-Politiker. Die Idee sei, dass die einheimischen Sicherheitskräfte sich nach 2014 selbstständig gegen Aufstände der Taliban wehren könnten.

Erlers forderte die Afghanistan-Konferenz auf, weiter am zivilen Aufbau des Landes zu arbeiten. Dazu müssten vor allem Polizisten und Soldaten ausgebildet werden, und zwar mit Finanzhilfe aus dem Ausland; Afghanistan sei nicht in der Lage, dies aus eigenen Mitteln zu bezahlen. Außerdem schlug der SPD-Außenexperte vor, Afghanistan dabei zu helfen, eigene Rohstoffe zu erschließen. So könne das Land selber zu finanziellen Mitteln kommen, sagte Erler.

Wortlaut des Live-Gesprächs:

Theis: Vor zehn Jahren träumten viele Afghanen von Frieden und Wohlstand, vor zehn Jahren träumten Deutschland, Amerika und andere Staaten von Demokratie in Afghanistan. Heute reden bei der Afghanistan-Konferenz in Bonn Vertreter von rund 90 Ländern darüber, wie es in Afghanistan weitergehen soll. Denn es gibt dort bis heute weder Frieden, noch Wohlstand, noch Demokratie, dafür aber viele Opfer, zum Beispiel 52 tote deutsche Soldaten. Waren die Opfer umsonst?

Erlers: Nein, man darf ja nicht den Ausgangspunkt vergessen, und zwar die Tatsache, dass damals die At-

tentate auf Washington und New York mit annähernd 3.000 getöteten Menschen eben in Afghanistan unter dem Schutz der Taliban-Herrschaft vorbereitet wurden, von dem Netzwerk des Terrors, Al Kaida. Und es war ja das Ziel, auf jeden Fall zu verhindern, dass das noch einmal passiert. Und ich denke, dass man dieses wichtige Ziel nicht aus den Augen verlieren darf. Inzwischen geht es natürlich um Afghanistans Zukunft - gerade auch auf dieser Konferenz. Und wie das Ganze nach 2014 weitergehen soll - denn inzwischen hat die internationale Gemeinschaft gesagt, o.k., wir haben einige Grundforderungen erreicht, aber wir werden unseren Einsatz, unseren militärischen Einsatz jedenfalls, bis zum Jahr 2014 beenden.

Theis: 2014 sollen die letzten ausländischen Streitkräfte abgezogen werden und überall da, wo die Soldaten gehen, werden sich wahrscheinlich die radikalen Taliban breit machen. Dann gibt es entweder eine islamistische Terrorherrschaft oder neuen Bürgerkrieg. Wie wollen Sie das verhindern?

Erlor: Das soll dadurch verhindert werden, dass man eben das Hauptaugenmerk und die ganze Konzentration auf die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte lenkt. Das heißt eben, von Polizisten und von Soldaten. Und da gibt es auch durchaus Fortschritte. Am Ende sollen es mehr als 300.000 solcher Sicherheitskräfte sein. Und die Überlegung ist eben, dass man Schritt für Schritt - man nennt das Transmission - jetzt die Verantwortung übergibt in den Gebieten, wo es schon ausreichend starke Sicherheitskräfte der Afghanen gibt und wo eben dann die anderen Soldaten der internationalen Gemeinschaft sich zurückziehen können. Die Idee ist, dass nachher nicht etwa die Taliban zurückkommen, sondern dass dann die eigenen, die einheimischen Sicherheitskräfte sich gegen diesen Aufstand erfolgreich wehren können.

Theis: Das ist die Idee. Es ist aber ja aber tatsächlich so, dass schon seit Jahren Milliarden reingepumpt werden, auch ins Sicherheitssystem. Deutschland hilft unter anderem dabei, Polizisten auszubilden. Der Fortschritt ist nicht wirklich erkennbar. Glauben Sie tatsächlich, dass wir bis 2014 genug Sicherheit haben, dass die Afghanen allein zurechtkommen?

Erlor: Natürlich ist das nicht zu garantieren. Aber zumindest muss man mal feststellen, dass dieser Prozess, diese Übergabe dieser Sicherheitsverantwortung mit diesem schrittweisen Ansatz funktioniert. Also, die ersten sieben Gebiete, die da übergeben worden sind, da ist das tatsächlich passiert. Und jetzt sind weitere Gebiete definiert worden, wo das passieren soll. Und wenn dieser nächste Schritt abgeschlossen ist, wird es schon so sein, dass etwa die Hälfte der afghanischen Bevölkerung von den eigenen Sicherheitskräften verteidigt wird.

Theis: Sie selbst haben mal im Bundestag gesagt, es muss Verantwortung übernommen werden, bis eine stabile Ordnung existiert. Und wenn die nicht existiert 2014?

Erlor: Darum geht es gerade auf dieser Konferenz. Also, es wird schon nicht so sein, dass 2014 alles aufhört, sondern es soll weiter an dem zivilen Aufbau des Landes gebaut werden. Das ist natürlich auch ganz wichtig, weil die - sage ich mal - die Lage, die politische, davon abhängt, ob es da auch Fortschritte gibt. Dann soll es schon Zusagen geben, die afghanischen Sicherheitskräfte weiter auszubilden und vor allen das auch zu finanzieren, weil Afghanistan ist nicht in der Lage, diese über 300.000 Leute, die da für die Sicherheit sorgen sollen, auch zu finanzieren. Und schließlich soll auch Afghanistan geholfen werden bei der Erschließung der eigenen Rohstoffe. Da gibt es durchaus erhebliche Vorkommen, die aber bisher noch nicht eröffnet worden sind. Und auf diese Weise soll eben Afghanistan auch selber zu finanziellen Mitteln kommen.

Theis: Also, wir werden weiter viel Geld dort hinschicken, dort reinstecken und hoffen, dass es nicht versandet.

Afghanistankonferenz mit schwerer Hypothek **02.12.11 - 1473**

Zur bevorstehenden Bonner Afghanistankonferenz und dem weiteren deutschen Afghanistanengagement erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Gernot Erlor:

Wenn am Montag in Bonn die Außenminister von rund 100 Staaten zusammenkommen, um über die weitere Zukunft Afghanistans zu beraten, wird mit Pakistan einer der entscheidenden regionalen Akteure fehlen. Damit lastet auf der Konferenz, die seit über einem Jahr akribisch vorbereitet wurde, eine schwere Hypothek. Denn eine Lösung des Afghanistanproblems ohne eine Einbindung Pakistans ist undenkbar.

In einem sind sich alle Akteure einig: Es gibt keine militärische, sondern nur eine politische Lösung in Af-

ghanistan. Der Schlüssel zum Erfolg liegt daher in einem Dialogprozess mit den Taliban und anderen Aufständischen. Ohne eine politische Einbindung dieser Kräfte wird es nicht gelingen, Afghanistan zu befreien. Doch dies wird wiederum nur dann zum Erfolg führen, wenn Islamabad einen solchen Prozess nicht fortwährend hintertreibt. Insofern wird die Bonner Konferenz in dieser Frage nicht viel bewegen können, da ein entscheidender "Player" nicht mit an Bord ist.

Die Bundesregierung und ihre internationalen Partner müssen daher alles daran setzen, Pakistan schnellstmöglich wieder mit ins Boot zu holen. Sonst droht dem Transitionsprozess, der im Juli 2011 begonnen hat, bereits ein Scheitern, bevor er überhaupt abgeschlossen worden ist.

Genauso wichtig wird sein, welche weiteren Botschaften von der Konferenz für die Zeit nach 2014 ausgesendet werden, also nach dem Abzug der internationalen Kampftruppen. Afghanistan darf nicht wieder seinem Schicksal überlassen werden, sondern muss sich auf eine langfristige Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft verlassen können.

Diese betrifft sowohl die Unterstützung beim Aufbau stabiler politischer und wirtschaftlicher Strukturen, die das Land lebensfähig machen, als auch beim Aufbau polizeilicher und militärischer Sicherheitskräfte, die den Afghanen die erforderlichen Instrumente zum Schutz vor terroristischen Aktivitäten verschaffen.

Die SPD hat bereits vor über zwei Jahren die Einleitung eines Transitionsprozesses als Voraussetzung für den Abzug der internationalen Kampftruppen gefordert. Die NATO hat sich auf ihrem Lissaboner Gipfel vor einem Jahr selbst verpflichtet, ihren Kampfeinsatz bis 2014 zu beenden.

Jetzt kommt es darauf an, dass der Weg bis dahin optimal genutzt wird, um ein Abgleiten Afghanistans in Chaos und Tyrannei nach 2014 zu verhindern. Der Konferenzboykott Pakistans lässt leider nichts Gutes ahnen. Es bleibt daher viel zu tun für Merkel und Westerwelle, um ein Scheitern der gesamten Mission noch zu verhindern.

TERMINE

7. Dezember 2011

„Gespaltenes Freiburg?!“

**Veranstaltung der SPD Freiburg und dem Mieterverein Regio Freiburg e.V.
mit**

Prof. Dr. Jürgen Friedrichs (Universität Köln)

am 7. Dezember 2011, 18-21 Uhr

im Jazzhaus Freiburg

Der Freiburger Bildungsbericht brachte es deutlich an den Tag. Kinder aus dem Freiburger Osten gehen mit wesentlich größerer Wahrscheinlichkeit auf ein Gymnasium wie Kinder aus dem Westen der Stadt. Ist die Stadtentwicklung gescheitert? Haben Politik und Verwaltung eine Entwicklung verschlafen oder so-

gar gefördert, die zum Auseinanderfallen der Stadt führt, in einen reichen Osten und einen armen Westen?

Der Stadtsoziologe Prof. Jürgen Friedrichs beschäftigt sich seit längerem mit der Entwicklung von Städten und Stadtquartieren und wird über die Freiburger Rahmenbedingungen sprechen.

8. Dezember 2011

Badische Zeitung

West-Ost-Gesellschaft
Südbaden e. V.

Herzliche Einladung zu
einer
Vortrags- und Diskussionsveranstaltung

Vortrag
Prof. Dr. Hans-Henning Schröder
Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Nach den Dumawahlen: Quo vadis Russland?

Rundgespräch zum Thema mit:

- Thomas Fricker
Stellvertretender Chefredakteur Badische Zeitung
- Prof. Dr. Hans-Henning Schröder
Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
- Dr. h. c. Gernot Erler MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Donnerstag, 8. Dezember 2011, 20 Uhr
BZ-Haus, Bertoldstraße 7, 79098 Freiburg